
Pressemitteilung

07.12.11

Bericht aus der Kabinettsitzung:

Top 4: Monitoring 2011 zum „Aktionsprogramm Bayerns ländlicher Raum“ / Wirtschaftsstaatssekretärin Hessel: „Die Initiativen der Staatsregierung wirken. Der ländliche Raum holt wirtschaftlich stark auf.“

Bayerns Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel, Vorsitzende des Staatssekretärausschusses ‚Ländlicher Raum in Bayern‘, hat in der heutigen Kabinettsitzung eine positive Bilanz zur Umsetzung des ‚Aktionsprogramms Bayerns ländlicher Raum‘ gezogen: „Der ländliche Raum schneidet bei der Wirtschaftsdynamik noch besser ab als Gesamtbayern. In der Finanz- und Wirtschaftskrise zeigte er sich robuster. Gleichzeitig profitierte er stärker vom Aufschwung. Unterschiede zu den Verdichtungsräumen sind vorhanden, aber der ländliche Raum holt wirtschaftlich stark auf.“

Das Bruttoinlandsprodukt wuchs im ländlichen Raum von 2005 bis 2009 nominal um 7,7 Prozent. Damit fiel die Zunahme höher aus als in Gesamtbayern mit 6,1 Prozent. Gute Werte auch bei den Beschäftigten: Ihre Zahl erhöhte sich von 2006 bis 2010 im ländlichen Raum um 6,5 Prozent, verglichen mit 5,7 Prozent im Landesdurchschnitt. Das spiegelt sich auch in den guten Arbeitsmarktdaten wider. Vor allem die Grenzregionen in Nord- und Ostbayern konnten ökonomisch aufholen. So lag die Arbeitslosenquote in Oberfranken im November 2011 mit 3,7 Prozent zum Beispiel nur wenig über dem bundesweiten Spitzendurchschnittswert des Freistaats von 3,3 Prozent.

„Die positiven Zahlen belegen, dass die Initiativen der Staatsregierung für den ländlichen Raum Erfolg haben. Wir erreichen eine beachtliche Hebelwirkung“, kommentierte die Staatssekretärin. Die Regionalförderung habe 2010 mit Zuschüssen von 146 Millionen Euro Investitionen in Höhe von einer Milliarde Euro im ländlichen Raum ausgelöst, wodurch 20.100 Arbeitsplätze gesichert beziehungsweise geschaffen worden seien. Mit den Mitteln der Städtebauförderung in Höhe von 108 Millionen Euro in 2010 wurden rund 920 Millionen Euro an Investitionen im ländlichen Raum angesprochen. „Die staatliche Förderung kommt vorrangig dort an, wo sie besonders benötigt wird – in den strukturschwachen Räumen“, so Hessel. Auf diese entfielen bei 27 Prozent Bevölkerungsanteil 67 Prozent der Regionalförderung, 61 Prozent der Dorferneuerungsmittel, 55 Prozent der Ausgleichszulage für Landwirte, 53 Prozent der Mittel für Wasser- und Abwasseranlagen, 49 Prozent der Breitbandförderung und 44 Prozent der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds für das arbeitsmarktpolitische Maßnahmenpaket ‚Fit for Work‘.

Auch bei der Sicherung und Stärkung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum ist die Bilanz positiv: In den Krankenhäusern ist die Zahl der Betten und teilstationären Plätze von 2007 bis 2010 bei rund 39.000 stabil geblieben. Die Betreuungsquote der unter 3-Jährigen ist von 2007 bis 2010 von 7,5 Prozent auf 17,5 Prozent geklettert - mit steigender Tendenz. Das dichte Netz von rund 1.200 Grundschulstandorten blieb erhalten, obwohl die Schülerzahl zwischen den Schuljahren 2006/2007 und 2010/2011 um 15 Prozent gesunken ist. An den Hochschulen für angewandte Wissenschaften sind in den letzten drei Jahren rund 8.000 neue Studienplätze entstanden.

Hessel betonte: „Trotz guter Wirtschaftsdaten wird sich die Staatsregierung nicht auf dem Erreichten ausruhen. Es gilt vor allem die Folgen des demografischen Wandels zu bewältigen.“ Als aktive Antwort auf die

Bevölkerungstrends hat die Staatsregierung auf der Klausurtagung in St. Quirin im November 2011 den ‚Aufbruch Bayern: Aktionsplan demografischer Wandel‘ (als pdf unter www.aufbruch.bayern.de zu beziehen) beschlossen. Dieser entwickelt viele Initiativen des 2007 verabschiedeten ‚Aktionsprogramms Bayerns ländlicher Raum‘ weiter. Erste Schritte zur Umsetzung im Volumen von 232 Millionen Euro sind bereits im Nachtragshaushalt 2012 vorgesehen vor allem für eine Aufstockung der Regionalförderung, den Einstieg in ein Glasfaserprogramm, Investitionen bei den Staatsstraßen, den Erhalt kleiner Grundschulen und den Ausbau der Hochschulen in den Regionen. Bis 2016 sollen für die Gesamtstrategie zur Bewältigung des demografischen Wandels zusätzlich 1,3 Milliarden Euro aufgewendet werden. Der Staatssekretärausschuss ‚Ländlicher Raum in Bayern‘ wurde bereits im November 2007 vom Ministerrat eingerichtet. Er wird die Umsetzung der Maßnahmen im Rahmen seines Monitorings begleiten.